

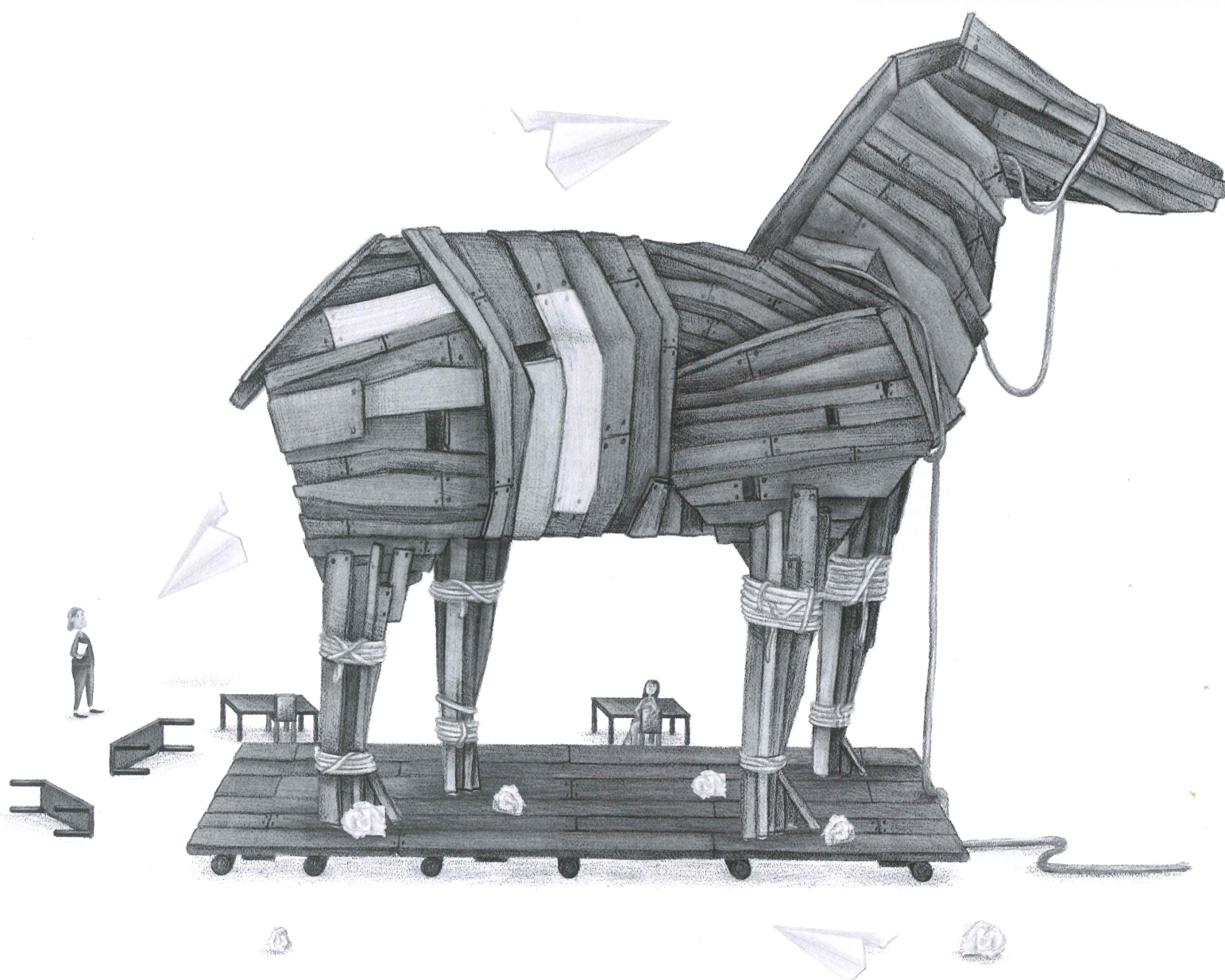
Der Spion im Schulzimmer

Google rüstet den digitalen Klassenraum aus – und sammelt so die Daten von Minderjährigen.
Kann die Schweiz die Totalüberwachung noch stoppen?

Von Adrienne Fichter (Text) und Kwennie Cheng (Illustration), 02.07.2019



republik.ch/z/schulspion



Auf den ersten Blick ist es ein willkommenes Geschenk für Schulen in Zeiten des Spardrucks. Sichere Infrastruktur, modernes, benutzerfreundliches Design und leistungsfähige Funktionen. Und das praktisch zum Nulltarif.

G Suite for Education heisst das Bildungsangebot von Google, das immer beliebter wird in den Schweizer Klassenzimmern. Es handelt sich um eine Art eingeschränkten Google-Kosmos, die Schüler haben nur auf einzelne Dienste wie Google Docs oder spezifische wie Classroom Zugriff. Über 40 Millionen Schüler und Lehrerinnen weltweit nutzen G Suite.

In der Theorie ist G Suite eine geschlossene, werbefreie Welt. Doch in der Praxis startet ab diesem Zeitpunkt die Datensammlung über Ihre Kinder. Legasthenie-Schwächen, Vorlieben für Sportthemen oder Nachtaktivität – der Tech-Konzern weiss damit über die Interessen und Vorlieben von Neunjährigen früh Bescheid.

Genau diese umfassende Datensammlung zu Primarschülern will die nationale Fachagentur für ICT und Bildung Educa.ch verhindern. Oder zumindest regulieren. Die Agentur verhandelt schon seit Monaten mit Google Schweiz, wie Recherchen der Republik zeigen. Eigentlich hätte der Rahmenvertrag bereits im Mai in trockenen Tüchern sein sollen.

Doch die Verhandlungen ziehen sich hin. Der Grund: Der Suchmaschinenkonzern zeigt bei zwei zentralen Forderungen der Schweizer null Entgegenkommen: beim Datenschutz und bei Haftungsfragen.

Der Fall Konolfingen

Die Berner Schule Konolfingen arbeitet seit 2014 mit dem Bildungsangebot von Google. Gearbeitet wird hier mit Chromebooks, die Hausaufgaben werden digital erledigt mit Google-Services wie Docs und Classroom.

Der ICT-Verantwortliche der Schule, Samuel Jäggi, stellte im November 2018 an der Fachtagung von Educa.ch G Suite for Education vor. «Ich vertraue Google, dass sie unsere Daten schützen und uns nicht Schaden zufügen.»

Jäggi kann in der Tat nur vertrauen. Denn Rechtssicherheit hat die Schule Konolfingen keine. Anders als bei Microsoft, das immer noch von den meisten Schweizer Schulen verwendet wird, existiert noch kein Rahmenvertrag mit den Schweizer Bildungsbehörden. Gerichtsstand ist immer noch Irland beziehungsweise die USA. Und Google hat sich «sichere» Haftungsklauseln auferlegt, welche den Konzern von vielen Verpflichtungen befreien.

Kritisiert hat das etwa die Berner Erziehungsdirektion in einem Bericht 2015. Es brauche wie bei Microsoft dringend einen Rahmenvertrag. Denn in letzter Instanz ist die Schule Konolfingen für die Datenbearbeitung durch Google-Apps verantwortlich und nicht der Tech-Konzern. Weil es sich beim Thema Cloud-Computing lediglich um eine Auslagerung handelt an einen externen Dienstleister.

Das Bildungsdepartement der Gemeinde Konolfingen hatte aber in dieser Sache das letzte Wort. Und gab grünes Licht. Seither arbeitet die Schule mit dem virtuellen Klassenzimmer des Tech-Giganten – ohne rechtsstaatliche Garantien. Denn es gilt Google-Recht.

Bei kritischen Fragen zum Datenschutz weisen Jäggi und auch Google-Sprecher Samuel Leiser auf die zahlreichen Datenschutz-Links im Netz. Doch wer sich durch das Dickicht der im Netz verstreuten Vertragsdokumente kämpft, braucht einen langen Atem. Viele Begriffe sind uneindeutig formuliert mit viel Interpretationsspielraum.

In Konolfingen sieht man das Thema durchaus kritisch, aber auch gelassen. Weil es sich nur um Unterrichtsmaterial handelt. Prüfungen und Tests würden nicht auf G Suite durchgeführt. «Personenbezogene Daten bleiben auf dem Server der Schule», sagt der Abteilungsleiter der Gemeinde Konolfingen Bernhard Bacher der «Berliner Zeitung».

Das Thema Datenauswertung ist damit aber längst nicht vom Tisch.

Google personalisiert – und bedient sich überal

Google will entwarnen: Die G-Suite-Welt ist werbefrei. In etlichen Werbevideos versichern Google-Managerinnen, dass keine Werbeprofile für die Schüler angelegt werden. Dies gilt für die Hauptangebote von G Suite: Classroom, Kalender, Drive (Dokumente), Gmail (E-Mail) und Chrome (Browser).

Datenverknüpfung passiert jedoch trotzdem. Google schreibt, dass sie ihre Dienste übergreifend «verbessern», sprich: personalisieren. In einem der Links steht schwarz auf weiss: «Ausserdem werden Nutzern mithilfe dieser Daten speziell zugeschnittene Inhalte wie relevantere Suchergebnisse angeboten.»

Spätestens hier wird klar: Von der Illusion eines geschützten Kokons für Kinder müssen sich Eltern verabschieden.

Das Profiling – also massgeschneiderte Inhalte gemäss persönlichen Interessen – beginnt ab dem Zeitpunkt der Eröffnung einer Gmail-Adresse. Privates Surfen und Schulaktivitäten werden damit seit frühester Kindheit verwoben. Achtjährige lernen also: Willkommen in der personalisierten Welt von Google.

Ein mögliches Szenario wäre demnach: Die Legasthenie-Schwäche eines Schülers (der in Google Docs beispielsweise fehlerhafte Titel setzt) mündet vielleicht früher oder später in Empfehlungen für Nachhilfe-Tutorials auf Youtube.

Die Schule Konolfingen ist sich des Themas bewusst. Und will proaktiv vorgehen. Es sei besser, wenn die Schüler heute mit der Realität konfrontiert und zur Selbstverantwortung erzogen würden. Eine «geschützte, abgekapselte Welt bringt niemandem etwas», sagt Jäggi. «Die erfolgreiche Schule kann kein Aquarium sein», ergänzt Bacher. Wichtig sei es, für das Thema Personalisierung allgemein zu sensibilisieren und Schüler aufzuklären.

Schliesslich bedürfe es einer gesamtgesellschaftlichen Debatte, findet auch Beat Döbeli Honnegger, Leiter des Instituts für Medien und Schule an der Pädagogischen Hochschule Schwyz. Zwei Fragen müssten dabei geklärt werden: «Ist die Schule eine Parallelwelt, wo man sich mit staatlich bewilligten Filtern abschotten soll, um Schüler vor Personalisierung zu schützen? Und welche Macht sollen private Plattformen in der Bildung haben?»

Viel Macht und Bürde für Administratoren

Wer die Datenschutzdokumente von G Suite genau durchliest, dem fällt auf: Die Privatsphäre steht und fällt mit dem Verhalten der Schuladministratoren, also der Lehrer oder der IT-Verantwortlichen.

In den Datenschutzhinweisen für G Suite for Education findet man öfters die Wendung «Abhängig davon, welche Einstellungen die Bildungseinrichtung aktiviert hat ...» – genau so oder ähnlich. Einige Google-Dienste sind quasi «per Geburt» zugänglich für die Schülerinnen, so etwa der Zugang zu Youtube. Erst mit Deaktivierung – im Jargon: opt-out – werden die Dienste gesperrt.

Der Administrator muss also zuerst alle Häkchen entfernen. Versäumt er dies, kann eine Neunjährige Youtube-Filme konsumieren, samt ihrem Profilbild öffentlich kommentieren und erhält dazu auch noch Werbung.

Auch wenn sich Schulleitungen, Lehrerinnen und IT-Verantwortliche wie in Konolfingen vertieft mit diesen Fragen auseinandersetzen: Sind die Schulen dieser grossen Verantwortung wirklich gewachsen?

Genau diese rechtlichen Grauzonen will die Fachagentur des Bundes und der Kantone Educa.ch aus dem Weg räumen. Seit Monaten verhandeln die dafür zuständigen wissenschaftlichen Mitarbeiter Markus Willi und Simon Graber mit

Google Schweiz. Das Ziel: Rechtssicherheit für Schweizer Schulen. Bei Klagen von Eltern soll ein Schweizer Gericht angerufen werden können. Und es gilt Schweizer Recht vor Google-Recht. Ein grosser Teil der Verträge von Google würde damit keine Gültigkeit mehr haben.

Datenschutz ist Killerkriterium

Recherchen der Republik zeigen, dass der Suchmaschinenkonzern bei der Gerichtsbarkeit zwar Entgegenkommen signalisiert. Doch bei den heiklen Themen wie Profiling – also der Verknüpfung aller Google-Daten zu einem persönlichen Profil – will er nicht von seinen Bestimmungen abrücken.

Ob der Rahmenvertrag zustande kommt, steht und fällt mit dem Datenschutz. «Der Datenschutz ist ein Killerkriterium», sagt Markus Willi.

Die Verhandlungen sind blockiert. Die nationale Bildungsagentur Educa.ch orientiert sich an der kantonalen, der Schweizer und der europäischen Norm. Anders Google: In den Datenschutzdokumenten wird die europäische DSGVO gar nicht erst erwähnt. Google beruft sich auf amerikanisches Recht und stützt sich dabei auf FERPA (Family Educational Rights and Privacy Act).

Auch bei den oben erwähnten Haftungsklauseln gibt es Dissens. Google spricht sich von vielen Haftungsfragen frei: «Keine Partei haftet aus dieser Vereinbarung für entgangene Erträge oder indirekte Schäden (...), selbst wenn die Partei wusste oder hätte wissen sollen, dass solche Schäden möglich waren (...).» Solche Sätze sind ein absolutes No-Go für Educa.ch. Das würde kein Schweizer Gericht akzeptieren, sagt Willi. Für Educa.ch ist dieser Punkt zentral, weil ansonsten die Schulen für Datenlecks haften.

Zurzeit befindet man sich in einer heiklen Phase. Mehr möchte Educa.ch nicht sagen. Auch zu Fragen der Konventionalstrafe – also wie hoch die Busse ist, die Google bei Vertragsverletzung zahlen müsste – äussert sich die Fachagentur nicht. «Wir bitten um Verständnis, dass wir zu den aktuell laufenden Vertragsverhandlungen mit der Firma Google keine Angaben machen können.»

Nun ist das Team des Zürcher Datenschützers Bruno Baeriswyl am Zug. Im Rahmen eines Mandats von Privatim – der Datenschützerkonferenz – begutachtet es den bestehenden Rahmenvertrag mit den Schweizer Hochschulen. Federführend ist hier die Stiftung Switch.

Man habe dafür vierzehn Monate mit Google-Managern verhandeln müssen, sagt Switch-Sprecher Immo Noack. Wie auch bei Educa.ch gilt beim Switch-Entwurf dreimal Schweizer Vorrang: beim Datenschutzrecht, bei der Gerichtsbarkeit und den Haftungsregelungen. Bei erfolgreichem Abschluss werde der Entwurf auch von Educa.ch übernommen, schreibt die Fachagentur auf Anfrage. Privatim will die Prüfung noch vor den Sommerferien abschliessen. Danach ist der Ball bei Google.

Insider zweifeln daran, dass der Educa.ch-Rahmenvertrag zustande kommt. Google wird an seinen globalen Regeln festhalten und für die Schweiz sicher keine Ausnahme machen, so die Überzeugung.

Sicherheit als Hauptargument für G Suite

Weshalb entscheiden sich Schweizer Primarschulen überhaupt dafür, mit einem amerikanischen Tech-Giganten zusammenzuarbeiten? Da wäre zum einen das Kostenargument. Kosten fallen nur für Domain und Hosting an. Für Konolfingen waren das insgesamt 50 Dollar, mit anderen Worten: Die Nutzung von G Suite ist praktisch gratis.

Beim Vertrieb der Chromebooks kommt Google kleinen Schulen preislich entgegen. Doch die Hardware ist keine Voraussetzung für G Suite, benötigt wird lediglich ein Internetbrowser.

Für die Schule Konolfingen waren allerdings andere Faktoren entscheidend: Leistungsfähigkeit, Schnelligkeit, Datensicherheit. Hier ist der globale Player unschlagbar. Denn bei Google ar-

beiten die besten Sicherheitsingenieure der Welt. Google-Sprecher Samuel Leiser sagt: «Unsere Systeme gehören zu den sichersten in der Branche.»

Das Hacking-Argument zieht. Google schütze die Schulen besser vor unbefugten Zugriffen, findet auch Informatik-Didaktiker Beat Döbeli Honnegger. «Grossen Firmen traue ich eher zu, dass sie die Daten sicher halten können. Einfach deshalb, weil sie rein ökonomisch mehr Ressourcen zur Verfügung haben.»

Lehrpersonen und Schulleitungen hätten damit auch weniger Sorgen bei der IT-Beschaffung. Auf einen Marktführer zu setzen, ist die sichere Investition.

Schweiz ist mit Rahmenvertrag die Ausnahme

Die britische Privacyaktivistin Jen Persson von der NGO Defend Digital Me sieht in der «Googlisierung der Bildungslandschaft» vor allem ein strategisches Interesse. «Ich frage mich, ob es sich hier nicht einfach um ein weiteres trojanisches Pferd in staatlicher Infrastruktur handelt, in die sich der Tech-Konzern einkaufen will.»

Google könne dann wertvolles Meta-Wissen ansammeln – etwa darüber, wer sich wie und wann in die Bildungsdienste einlogge sowie über die Schwächen und Bedürfnisse von Schulen. Würden alle Schulen beispielsweise mit den «Google-Formularen» Quiz durchführen, verfüge der Tech-Konzern bald genauere Daten über deren Leistungsfähigkeit als die Pisa-Erhebung.

Auch Microsoft hat dieses Meta-Wissen gesammelt – und wurde deswegen vom niederländischen Justizministerium gerügt. Der Konzern erhob sogenannte Diagnosedaten. Damit landen sensible Informationen auf US-Servern, etwa welche Websites von Nutzerinnen besucht wurden. Der Konzern passte seine Software nach der Warnung umgehend an. Mit dem Microsoft-Rahmenvertrag hatten Schweizer Datenschützer ein griffiges Instrument in der Hand.

Privacy-Organisationen wie Defend Digital Me sind überzeugt: Bei G Suite geht es darum, Kinder frühzeitig an das Google-Ökosystem zu binden. Bereits Sechsjährige sollen über eine Google-ID verfügen, am besten mit Klarnamen. Gegen diese Kommerzialisierung der Kinder möchten die Datenschützer vorgehen, sie prüfen derzeit, inwiefern Google-Schulen DSGVO-konform operieren.

Jen Persson beneidet die Schweiz. Denn sie ist eines der wenigen Länder, in der Googles Gebaren im Bildungsmarkt in Zukunft vielleicht reguliert wird.

Ihr Rat an Educa.ch: Verhandelt gut.